K-01

Transformation als Standortvorteil: auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie und zur Energieunabhängigkeit

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2022, 30. April 2022
Düsseldorf, Rheinterrasse

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	18.04.2021
Tagesordnungspunkt:	TOP 3 Transformation als Standortvorteil: Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie

Antragstext

Für die deutsche und europäische Industrie ist die Überwindung der Abhängigkeit von Kohle und Öl, von Gas und Uran die entscheidende Zukunftsfrage. Sie zu beantworten, ist angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine dringlicher denn je. Wladimir Putin hat die globalisierte Welt in ihrer bisherigen Form ins Wanken gebracht und alte Gewissheiten in Frage gestellt. Was bedeutet also internationale Friedens- und Wirtschaftspolitik nach dem 24. Februar 2022?

Klar ist: Wir müssen uns auf eine neue friedens- und sicherheitspolitische sowie außenwirtschaftliche Situation in Europa und der Welt einstellen. Es geht jetzt um den kompletten ökonomischen Bruch mit Putins Russland. Im Falle von Russland hat der Ansatz Wandel durch Handel zu einer gefährlichen Abhängigkeit geführt. Das Geschäftsmodell basierend auf billigen russischen Fossilen auf Kosten Dritter ist gescheitert. Gerade deshalb ist eine resiliente Wirtschaft so wichtig – und auch von herausragender sicherheitspolitischer Bedeutung. Die Auswirkungen des Krieges sind ein Weckruf; sie haben uns unsere Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern deutlich vor Augen geführt sowie dem dringenden Bedarf einer nachhaltigen Transformation unseres Energiesystems und unserer Wirtschaft erneuten Nachdruck verliehen.

Doch auch die weiteren großen Herausforderungen unserer Zeit sind durch den Krieg nicht angehalten worden. Vielmehr haben sie sich wegen der energiepolitisch volatilen Situation, wegen drohender kurz- bis mittelfristiger Ausfälle etwa von Erdgas als Rohstoff und Energieträger noch einmal dynamisiert. Im Kern bedeutet die aktuelle geopolitische Lage, dass wir die Transformation zur klimaneutralen Produktion unter erschwerten Bedingungen mit noch größerem Handlungsdruck und mit noch schnellerem Tempo vorantreiben müssen. Für uns steht fest: Wer die Transformation bremst, beschleunigt die die Krise.

Der letzte Bericht des Weltklimarats zeigt, dass die Weltgemeinschaft immer tiefer in die Klimakrise zu rutschen droht. Wenn es uns als Menschheit nicht gelingt, das Ruder herumzureißen, wird sich die Erde zum Ende dieses Jahrhunderts nach aktuellem Verlauf um 3,2 Grad Celsius erwärmen – ein Szenario mit katastrophalen Auswirkungen. Es gilt jetzt, so schnell wie möglich den Weg

hin zur Klimaneutralität zu beschreiten und die Erneuerbaren Energien konsequent auszubauen.

Die industrielle Basis wird bei alledem auch in Zukunft das Rückgrat einer starken, resilienten und innovativen Volkswirtschaft sein. Das bedeutet im Umkehrschluss: Wenn wir nun endlich mit dieser Transformation beginnen und sofort auf den Pariser Klimapfad zur Eindämmung der Erderwärmung auf 1.5°C einschwenken, ist das eine große Chance für das Bestehen im internationalen Wettbewerb um die Technologien von morgen. Nur so sichern wir den klimagerechten Wohlstand.

Klimakrise und Coronapandemie, Biodiversitätskrise und Krieg in Europa: Die Gleichzeitigkeit der aktuellen Krisen fordert die Unternehmen, die Arbeitnehmer*innen und das ganze Land – im Verbund mit unseren europäischen Partnern – auf nicht geahnte Weise. Wir setzen alles daran, Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in dieser schwierigen Zeit zu erhalten. Und wir werden in der Krise die strukturellen Veränderungen angehen, um gestärkt zu sein für die kommenden Jahrzehnte. In einer Allianz aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden wir die wirtschaftlichen Weichen neu stellen. Dafür setzen wir auf eine aktive und nachhaltige Industriepolitik, die bei Klimaschutz und Digitalisierung vorangeht, unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärkt – und die planetaren Grenzen respektiert.

Wir setzen uns ambitionierte Ziele: Nordrhein-Westfalen als Kernland vieler energieintensiver Grundstoffindustrien, die bislang auf fossiler Basis und damit mit hohen Treibhausgasemissionen produzieren, kann mit uns Grünen die erste CO_2-freie Industrieregion Europas werden. Auf Bundesebene richtet die Bundesregierung die Politik bereits konsequent auf das Ziel der Klimaneutralität aus. Jetzt braucht es auch in Nordrhein-Westfalen eine Landesregierung, die mitzieht.

Wir haben Schleswig-Holstein in den letzten beiden Legislaturperioden zum absoluten Vorreiter der Energiewende gemacht. Schon heute machen die Erneuerbaren Energien dort über 160% der Stromversorgung aus. Viele Unternehmen arbeiten gerade daran, sich auf dieser Grundlage unabhängig von fossilen Energien zu machen. Aus dem Klimaschutzprojekt Energiewende ist ein Wirtschaftsbooster, aus den Erneuerbaren Energien ein Standortvorteil geworden. Den gilt es, besonders in den nächsten 5 Jahren auszubauen. Wir kämpfen darum, dass dieser Weg in Schleswig-Holstein unter grüner Führung weiter beschritten werden kann; auch weil wir Schleswig-Holstein von Länderseite als energiepolitischen Impulsgeber auf Bundesebene benötigen.

Klimaschutz schafft Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit

Die Märkte der Zukunft werden digital und klimaneutral sein – in der Region, in Europa und weltweit. Für ein exportorientiertes Land ist es deshalb besonders wichtig, früh und konsequent diesen Weg zu gehen und die Lösungen für eine klimaneutrale Gesellschaft zu entwickeln, um auf dem internationalen Markt weiterhin standhalten zu können. Auch unsere Bundesländer können international Vorbilder sein, Nordrhein-Westfalen etwa als Vorreiter einer klimaneutralen

Industrie. Global muss Deutschland ein Zeichen setzen: Klimaneutraler Wohlstand ist möglich. Diese Chancen gilt es, zu ergreifen, denn wer zaudert und zögert, riskiert, den Anschluss zu verlieren.

Insbesondere die Grundstoffindustrien Stahl, Chemie und Zement sind auf große Mengen Energie angewiesen. Als Industriezweig mit den höchsten Treibhausgasemissionen produzieren sie zugleich Grundstoffe, die entscheidend sind für viele weitere wichtige Branchen mit hoher Wertschöpfung – von der Automobilindustrie über den Maschinenbau bis hin zur Bauindustrie. Die Transformation dieser Branchen ist fundamental für das Erreichen der Klimaziele und die Schaffung klimagerechten Wohlstands.

Wir sehen, dass sich die grüne Wende auf dem Finanzmarkt (Sustainable Finance) auch immer stärker in Investitionsentscheidungen vor Ort niederschlägt und diese an die Nachhaltigkeit von Produktionsweisen, Geschäftsmodellen oder der Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien gekoppelt werden. So hat etwa der Halbleiterhersteller Intel seine Standortentscheidung mit einem Investitionsvolumen von 17 Mrd. Euro und 3000 neuen Arbeitsplätzen explizit wegen seiner Nachhaltigkeitsziele von der Verfügbarkeit von grünem Strom abhängig gemacht, genauso wie Tesla seine Standortwahl in Brandenburg mit bis zu 12000 Mitarbeitenden mit der Verfügbarkeit sauberer Energie begründet.

Vor diesem Hintergrund stehen wir für eine Politik, die fordert, führt und verlässlich steuert. Nicht, weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse und verlässliche politische Rahmenbedingungen braucht. Wir machen Politik, die den Wandel unterstützt, statt ihn zu behindern oder zu verschieben. Nur so haben Unternehmen Planungssicherheit, richten ihre Produktion und Dienstleistungen auf Klimaneutralität aus – und investieren in klimaneutrale Geschäftsmodelle und Prozesse.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende neue Jobs entstehen – sogenannte Green Jobs. Gleichzeitig ist die ökologische Transformation für viele Menschen und Unternehmen eine große Herausforderung. Dort, wo sich Jobprofile grundlegend verändern, werden wir Unternehmen und Beschäftigte auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem unterstützen und ihnen zur Seite stehen. Mit einer Überarbeitung der Fachkräftestrategie werden wir dafür sorgen, dass die Potentiale von Weiterbildung und Umschulungen stärker genutzt werden. Wir wollen zudem die Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Erwerbspersonen sowie Menschen mit Behinderung weiter verbessern. Auch Arbeitskräftezuwanderung soll leichter möglich werden.

Dabei sind Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung zentral. Sie sind unerlässlich für einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, für gute Arbeit für alle. Deswegen wollen wir die betriebliche Mitbestimmung – gerade auch dort, wo sie noch nicht so stark ausgeprägt ist – stärken und Umgehungsmöglichkeiten verhindern. Noch in der laufenden Legislaturperiode schaffen wir auf Bundesebene ein Tariftreuegesetz und erarbeiten weitere Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung.

Europäische Zusammenarbeit für erfolgreiche Maßnahmen zur CO_2-Reduktion

Mit dem Abbau von Hürden bei der Nutzung von selbst erzeugtem erneuerbarem Strom und einem zunehmenden Einsatz von grünem Wasserstoff treiben wir die Dekarbonisierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference), die die Differenz zwischen dem aktuellen CO_2-Preis und den tatsächlichen CO_2-Vermeidungskosten finanzieren, sorgen für Investitionssicherheit. Diese federn das Investitionsrisiko für die Unternehmen ab und regen sie an, Milliarden in Klimaneutralität zu investieren. In der Ampel-Koalition geben wir den Unternehmen durch die Erhöhung der Haushaltsmittel für diese Klimaverträge nun endlich die politische und finanzielle Verbindlichkeit, die lange fehlte – und deren Abwesenheit privatwirtschaftliche Investitionen ausgebremst hat. Gleichzeitig schaffen wir durch Mindestquoten in der öffentlichen Beschaffung sichere Absatzmärkte für klimafreundliche Produkte.

Für bestimmte Produkte mit hohen CO_2-Emissionen, bei denen die europäischen Herstellerunternehmen im globalen Wettbewerb stehen, soll es auf EU-Ebene einen wirksamen Grenzausgleich für steigende CO_2-Kosten geben. So erhalten wir die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auch im Transformationsprozess. Entsprechende CO_2-intensive Produkte, die aus Regionen ohne äquivalente CO_2-Bepreisung kommen, sollen beim Import nach Europa einen dem europäischen Emissionshandel entsprechenden Beitrag leisten. So wird für einen fairen Ausgleich im internationalen Handel gesorgt, Klimadumping verhindert und Anreize gesetzt, auch in anderen Weltregionen wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen.

Wir unterstützen daher grundsätzlich den Vorschlag der EU-Kommission und des Rates, ein Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) als wirksames Schutzinstrument vor Emissionsverlagerung (Carbon Leakage) einzuführen und das bisherige System freier Zuteilungen im ETS zu ersetzen.

Wir werden den weiteren Gesetzgebungsprozess konstruktiv begleiten, damit der Grenzausgleich WTO-konform ausgestaltet wird, Exporte aus der EU berücksichtigt, die notwendigen Anreize zur Transformation setzt und dabei gleichzeitig einen fairen Wettbewerb auf den internationalen Märkten sicherstellt.

Ein CO_2-Grenzausgleichsmechanismus wird umso stärker, je mehr Länder sich beteiligen. Wir streben deshalb eine Zusammenarbeit mit internationalen Partnern beim Grenzausgleich an, mit der Vision, langfristig einen großen Handelsraum für klimaneutrale Produkte zu schaffen.

Die industrielle Revolution der Dekarbonisierung muss europäisch zum Erfolgsmodell werden. Wenn Deutschland allein seine Industrie modernisiert, wird langfristig der Unterschied in der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedsstaaten zu groß – und damit zur Gefahr für den gemeinsamen Binnenmarkt und die Europäische Union. Deswegen soll es auch auf europäischer Ebene einen Rahmen für Klimaverträge geben. Bessere Marktbedingungen und damit Investitionssicherheit wollen wir durch gemeinsame Standards erreichen, zum

Beispiel durch ein Label für klimaneutrale Produkte und klare Vorgaben in der europäischen Ökodesign-Richtlinie.

Für eine grüne Transformation der Industrie brauchen wir eine gesicherte Versorgung mit (kritischen) Rohstoffen und strategischen Gütern wie etwa Halbleitern, damit etwa der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingen kann. Dafür wird eine genuine EU- Strategie benötigt, die auf Kreislaufwirtschaft, Diversifikation von Handelspartnern und starken Investitionen in Forschung und Entwicklung basiert. Der von der Kommission vorgeschlagene Chips Act bietet sich als ein möglicher Ansatzpunkt an.

Energieunabhängigkeit mit Erneuerbaren, Effizienz und Einsparungen

Die Sicherheit der Energieversorgung ist essentiell für die Zukunftsfähigkeit der Industrie. Der wichtigste Schlüssel dazu ist der schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien, das Ende unserer Abhängigkeit von russischen Energiequellen und der Komplettausstieg von fossilen Energieträgern. Wir wollen bis 2035 zu 100% Erneuerbare Energien. Nur so kann die Importabhängigkeit von fossilen Rohstoffen überwunden und Energiesicherheit erreicht werden. Wir haben in der Bundesregierung mit dem Osterpaket ein Ausbauprogramm für die Erneuerbaren Energien inklusive der Beschleunigung von Planungsprozessen auf den Weg gebracht, das es seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 so noch nicht gegeben hat.

Wir übernehmen Verantwortung für die Versorgungssicherheit. Dabei kann sich der Bund auf die Unterstützung von Schleswig-Holstein verlassen, das einen deutlich höheren Anteil Erneuerbarer Energien bereitstellt, als es dessen Anteil an der Bundesfläche entspricht, und mindestens 10% der bundesweit an Land erforderlichen Strommenge aus Erneuerbaren Energien erzeugen will. Dafür wollen wir erreichen, dass das Land künftig 3% seiner Fläche für die Windenergie an Land zur Verfügung stellt.

Genauso verstärken wir bundesweit die Anstrengungen zum Energiesparen und zur Erhöhung der Energieeffizienz drastisch. Mit dem zweiten Entlastungspaket wurden hier wichtige Weichen im Gebäudesektor gestellt. So gilt ab 2023 im Neubau der Effizienzstandard 55; ab 2024 muss jede neue Heizung mit 65% Erneuerbaren Energien betrieben werden. Die Beschleunigung der Energiewende ist dabei auch eine Frage der nationalen und europäischen Sicherheit. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Aufbau von Infrastrukturen für die verlässliche Energie- und Rohstoffversorgung der Zukunft ist von überragendem öffentlichem Interesse. In der Bundesregierung arbeiten wir intensiv daran, das Tempo etwa über die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter zu erhöhen.

Neben guten Rahmenbedingungen für die Windkraftindustrie wollen wir die Photovoltaik-Produktion in Europa wieder neu ansiedeln. Es darf nicht sein, dass in der EU zwar die neusten Solarzellen entwickelt, aber nicht hier gebaut werden. Daher werden wir eine europäische Industrialisierungsoffensive (IPCEI) für die Solarproduktion auf den Weg bringen. Die gleichen Anstrengungen müssen wir auch mit Blick auf Wärmepumpen und serielles Sanieren unternehmen.

Um die Energie-Abhängigkeit von Russland in schnellem Tempo zu beenden, benötigt es allerdings auch kurzfristige Maßnahmen zur Diversifizierung. Wir unterstützen, dass die Bundesregierung unter Hochdruck und in enger Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn neue LNG-Terminals errichtet. Wichtig ist, dass hier locked-in-Investitionen verhindert werden und die Terminals daher wasserstoff-ready sind. Zudem braucht es eine ambitionierte Erdgasausstiegsstrategie. Wir stellen rechtlich sicher, dass Gasspeicher in Zukunft immer ausreichend gefüllt sind. Dazu hat der Deutsche Bundestag auf Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums ein Gesetz zur verpflichtenden Einspeicherung von Gas beschlossen. Zudem muss gewährleistet sein, dass Kohlekraftwerke als Backup zur Verfügung stehen. Am Kohleausstieg bis 2030 halten wir weiterhin fest. Wir müssen schnellstmöglich raus aus den fossilen Energieträgern, aber bis wir dort sind, werden wir eine diversifizierte Versorgung sicherstellen.

Auf dem Weg zur globalen Klimaneutralität werden wir diejenigen Länder unterstützen, für die der Wandel noch härter zu stemmen ist.

Klimaneutralität in der Industrie mit Grüner Technologie

Die energieintensive Stahlindustrie verursacht rund 30% der deutschen Industrie-Emissionen. Zugleich ist sie eine Schlüsselindustrie für unsere Volkswirtschaft und für funktionierende Wertschöpfungsketten. Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Standort der Stahlindustrie in Deutschland und Europa.

Die deutsche Stahlindustrie ist bereits weltweit führend bei der Entwicklung von Technologien für eine CO_2-arme Stahlproduktion. Deutsche Anlagen und Stahlwerke gehören zu den energieeffizientesten weltweit. Darauf müssen wir aufbauen und die nächsten Schritte gehen. So wie ein Großteil der Emissionen und des Energieverbrauchs in der Industrie liegen, können auch dort die größten Einsparungen realisiert werden. Wir setzen uns für den Erhalt einer nachhaltigen, innovativen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Deutschland und damit vor allem in Nordrhein-Westfalen ein.

Wir unterstützen die Stahlindustrie in der anstehenden Transformation und schaffen klare Rahmenbedingungen auf Bundes- wie auf Landesebene, damit die Umstellung auf wasserstoffbasierte Verfahren gelingen und klimafreundlicher Stahl am Standort Deutschland wettbewerbsfähig produziert werden kann. Projekte wie das von thyssenkrupp steel und der Steag, für das spätestens im kommenden Jahr die Investitionsentscheidung für eine 520MW-Elektrolyse-Anlage fallen wird, wären hier wegweisend.

Der Bund und die Länder stellen insgesamt mehr als acht Mrd. Euro für die wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse zu Wasserstoff („IPCEI Wasserstoff“) bereit. Damit sollen bis 2030 rund 12,8 Mio. Tonnen pro Jahr an CO_2-Emissionen eingespart werden. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, für die Wettbewerbsfähigkeit und für Arbeitsplätze der Zukunft. Besonders wichtig sind dabei die Projekte zur Umstellung auf klimaneutrale Produktion von grünem Stahl auf Basis von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien. Alle in

Deutschland tätigen Stahlunternehmen erhalten Fördermittel aus dem IPCEI. Die Projekte bilden die gesamte Wertschöpfungskette ab.

Außerdem können im Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“ Investitionen der Stahlindustrie gefördert werden. Zugleich arbeitet die Bundesregierung an einem deutlichen Ausbau der nationalen Wasserstoff-Erzeugungskapazitäten und der relevanten Infrastruktur, etwa Pipelines zum Transport.

Für uns hat die Versorgungssicherheit der Industrie mit grünem Wasserstoff absolute Priorität. Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien und gezielter Förderung bauen wir die heimische Produktion von grünem Wasserstoff auf. Gleichzeitig werden wir die notwendigen Importinfrastrukturen für grünen Wasserstoff mit Hochdruck entwickeln und nachhaltig gestalten, denn auch bei einem noch so ambitionierten Ausbau der inländischen Kapazitäten werden Importe aus Regionen, in denen aus klimatischen Gründen Erneuerbare Energien günstiger produziert werden können, eine große Rolle spielen. Deshalb werden wir auch das Programm H2Global weiter ausbauen.

Wie in der Stahlproduktion gibt es auch in anderen Grundstoffindustrien viele Prozesse, bei denen eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist. Für diese Fälle ist grüner Wasserstoff die Lösung, um dennoch Klimaneutralität zu erreichen. Zusätzlich können Wasserstoff und seine Derivate wie Ammoniak – etwa in Brennstoffzellen – einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Aber nur grüner Wasserstoff aus Erneuerbarer Energie bringt einen wirklichen Vorteil für das Klima. Deswegen sind Wasserstoff und der Ausbau von Wind- und Solarenergie untrennbar miteinander verbunden. Aktuell gibt es allerdings weder ausreichend viele Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff aus Ökostrom noch ausreichend Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Wer den Industriestandort erhalten und umbauen will, muss deshalb die 1000-Meter-Abstandsregel in Nordrhein-Westfalen und die 10H-Regel in Bayern hinter sich lassen – und den Ausbau aller Erneuerbaren überall offensiv voran treiben.

Auch in Zukunft wird grüner Wasserstoff weltweit ein knappes Gut sein. Daher setzen wir uns im Sinne der Energieeffizienz dafür ein, dass er vorrangig dort zum Einsatz kommt, wo die CO_2-Einsparung am größten ist oder es keine technologischen oder wirtschaftlichen Alternativen gibt. Das ist neben der Industrie – insbesondere der Chemie-, Stahl- und Zementindustrie – vor allem der Flug- und Schiffsverkehr. Die nationale Wasserstoffstrategie überarbeiten wir entsprechend.

Transformation zur Kreislaufwirtschaft auch in der Chemieindustrie

Die chemische Industrie stellt einen großen Anteil an der Wertschöpfung in Deutschland und hat eine lange Tradition. Sie schafft sichere Arbeit für rund 500.000 Menschen; allein in Nordrhein-Westfalen sind es fast 100.000 Beschäftigte. Zudem hängen eine Vielzahl weiterer Branchen und Produktionsbereiche mit der chemischen Industrie zusammen, da sie für viele Prozesse benötigte Stoffe herstellt. Um die Chemieindustrie auf dem 1,5-Grad-Pfad zu unterstützen, gehen wir die zentralen Herausforderungen beherzt an.

Neben der sicheren Versorgung mit Erneuerbarer Energie wollen wir eine Kreislaufwirtschaft etablieren, die u.a. auf eine massive Ausweitung des Recyclings setzt. Unser Ziel ist eine Chemie ohne Abfälle mit weitgehend geschlossenen Stoffkreisläufen, um die deutsche Industrie auch unabhängiger von Rohstoffimporten zu machen. Hierzu passen wir den bestehenden rechtlichen Rahmen an, definieren klare Ziele und überprüfen abfallrechtliche Vorgaben und Sammelmöglichkeiten. In einer „Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie“ bündeln wir bestehende rohstoffpolitische Strategien, entwickeln diese weiter und unterstützen die Vorschläge der Europäischen Kommission für ökologische Produktstandards (Ökodesign-Richtlinie) sowie einheitliche Nachhaltigkeitsstandards. Anforderungen an Produkte müssen europaweit ambitioniert und einheitlich festgelegt werden. Produkte dürfen keine umwelt- und gesundheitsschädlichen Substanzen enthalten und müssen langlebig und wiederverwendbar, recycelbar und möglichst reparierbar sein. Wir unterstützen die Einführung eines digitalen Produktpasses, um Informationen über die Produkte leicht und überall verfügbar zu machen.

Wir streben darüber hinaus Quoten und Benchmarks für Rohstoffe aus Recyclingprozessen sowie den Energieverbrauch für bestimmte Prozesse an. Diese müssen durch Maßnahmen für Importprodukte flankiert werden. Es ist entscheidend, dass Maßnahmen wie etwa Quoten zu einer Schaffung von funktionierenden Märkten für recycelte (kritische) Rohstoffe führen. Diese dürfen nicht in Konkurrenz zu primären Rohstoffmärkten stehen.

Klima- und sozialgerechter Strukturwandelin den Kohleregionen

Durch den beschlossenen Ausstiegspfad aus der Kohle bis 2030 und das absehbare Ende der Kohleverstromung ist der Strukturwandel im Rheinischen Revier, in den Kohleregionen Ostdeutschlands und den Standortkommunen der Steinkohlekraftwerke in vollem Gang. Wir wollen, dass er auch klima- und sozialgerecht gestaltet wird. So schaffen wir neuen Wohlstand, bieten Sicherheit und erhalten Lebensqualität. Wir begreifen die Gestaltung des Wandels als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, wollen wir daher regionale Transformationscluster auflegen.

Auch die Beschäftigten wollen wir auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem in den Strukturwandelregionen unterstützen, vor allem, wenn sich Jobprofile grundlegend verändern oder Arbeitsplätze bedroht sind. Die Beschäftigten etwa in der Kohleindustrie haben unglaublich viel geleistet. Niemand von ihnen wird ins Bergfreie fallen. Deswegen braucht es in der ökologischen Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen wir die Menschen durch den Strukturwandel begleiten und so auch dem Fachkräftemangel in vielen Bereichen begegnen, denn wir brauchen tatkräftige und qualifizierte Menschen für die ökologische Transformation.

Der Weiterbildung kommt im Transformationsprozess eine Schlüsselrolle zu. Deswegen hat sich die Ampel das ambitionierteste Weiterbildungsprogramm aller bisherigen Bundesregierungen aufgelegt. Diejenigen, die neue Perspektiven oder

Qualifizierung benötigen, unterstützen wir mit dem neuen, an das Kurzarbeitergeld angelehnten Qualifizierungsgeld. Damit können Unternehmen im Strukturwandel unterstützt, ihre Beschäftigten durch Qualifizierung im Betrieb gehalten und Fachkräfte gesichert werden.

Auch wollen wir vor Ort mehr Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft und Räume für den gesellschaftlichen Austausch schaffen. Denn der Strukturwandelprozess muss breit getragenen und von den Menschen vor Ort gemeinsam gestaltetet werden können.